

Die **Einblicke** mit den Berichten aus den Kommunalparlamenten entfallen in dieser Ausgabe, da durch die Feiertage bzw. rund um den Jahreswechsel sowie die Pandemie kaum Sitzungen stattgefunden haben.

Nur mit Solidarität aus der Krise

Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion DIE LINKE, **Sebastian Walter**, zu aktuellen Fragen

Drittes Jahr, fünfte Welle. Corona hat unsere Gesellschaft weiterhin fest im Griff. Und ja, es ist für uns alle ermüdend.

Was soll man sagen, wenn Pflegekräfte bis heute auf versprochene Prämien und gute Löhne warten? Was soll man sagen, wenn es in den Klassenräumen noch immer ausreichen soll, dass die Fenster auf kipp stehen – aber in den Ministerien laufen die modernsten Luftfilter? Was soll man außerdem sagen, wenn Gastronom*innen um jede Unterstützung bis heute kämpfen müssen, aber jeden Monat neue Regelungen und Verordnungen durchsetzen sollen? In den letzten beiden Jahren sind die Vermögen der Superreichen in noch nie erreichte Höhen geschossen – Milliardäre sind die Gewinner der Krise. Verlierer*innen sind all diejenigen, denen man noch vor einigen Monaten vom Balkon Applaus gespendet hat.

Die Kassierer*in, die Kellner oder der Busfahrer, all die anderen, die als systemrelevant gefeiert wurden, die schauen aktuell dabei zu, wie die Mieten steigen. Die Armut steigt weiter, ganz real und jeden Tag. Ja, dass alles macht sprachlos und wütend, es lähmt. Doch aus der Wut sollte man Mut machen, Mut zur Veränderung!

Egal ob Corona oder soziale Ungerechtigkeit, helfen wird uns nur Solidarität. Jeder Mensch muss seine Miete bezahlen können und keine Angst vor Verdrängung haben oder davor, dass man im Winter frieren muss, weil man Angst vor der nächsten Gasrechnung hat. Das jede*r von seinem Lohn gut leben kann und auch die Rente zum Leben und nicht nur zum Überleben reicht. Eigentlich alles selbstverständlich, aber in diesem Land eben nicht mehr. Brandenburg wächst. Und das ist grundsätzlich gut. Aber immer mehr Menschen fallen dabei hinten runter, auch weil die Landesregierung den Prozess nicht gestaltet. Vielerorts fehlt es an Kitaplätzen, an Schulen und bezahlbaren Wohnungen.

Während einige Regionen kurz vorm Verkehrskollaps stehen, wäre man anderswo schon froh, würde der Bus überhaupt mehr als einmal am Tag fahren.

Das zum Positiven ändern, dafür steht DIE LINKE. Ohne uns würden diese Themen überhaupt keine Rolle spielen. Wir zwingen die anderen, sich mit den Alltagsproblemen der Menschen auseinanderzusetzen. Wir sind die Stimme derjenigen, die nicht gehört werden. Wir müssen grundsätzliche Veränderungen erreichen, denn sie sind möglich! Eine gerechte Gesellschaft kann es nur geben, wenn eben nicht mehr alles dem freien Markt und seiner unsichtbaren Hand überlassen wird, sondern wir die Dinge wieder selbst in die Hand nehmen. Krankenhäuser, öffentlicher Nahverkehr, Strom- und Wasserversorgung dürfen dem Profit nicht geopfert werden, sondern müssen zur bezahlbaren Versorgung aller da

sein. Wenn der Staat sich zurückzieht und sich nicht mehr für die Menschen interessiert, dann muss man sich auch nicht wundern, wenn sich die Menschen nicht mehr für den Staat interessieren. Deshalb müssen wir das Öffentliche stärken und demokratisch kontrollieren. Ja, das kostet Geld. Aber wenn wir nicht investieren, wird es noch teurer werden. Wenn jede*r sich beteiligt, wenn die Starken mehr geben und den Schwachen helfen, dann ist alles möglich. Machen wir also das Selbstverständliche wieder selbstverständlich und schaffen wir eine Politik, der man vertrauen kann, weil sie sich nicht nach den Interessen des Marktes, sondern der Menschen richtet und eine Gesellschaft füreinander einsteht. Es ist genug Zeit vergeudet worden, fangen wir also an mit der Umsetzung. Dann lebt die Solidarität tatsächlich – für alle.

Sebastian Walter, Foto: Ben Gross



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

seit einigen Tagen gibt es auch in unserer Region Aktionen, die den bisherigen Corona-Protesten auch ein anderes Gesicht geben. Nicht mehr nur Protest aus lauter Minderheit gegen die Corona-Maßnahmen. Es gibt nun Signale der bisher schweigenden Mehrheit unserer Gesellschaft. Erinnern und Gedenken an die Corona-Toten, Zeichen gegen die bisherigen Proteste, Appelle zur Vernunft, für einen sachlichen und unideologischen Umgang mit den angebotenen Impfungen. Meine Familie und ich sind bisher alle dreimal geimpft. Ich akzeptiere es, wenn Mitbürger*innen bzw. eine Minderheit das für sich anders entscheidet. Aber ich bin nach über zwei Jahren Pandemie und damit verbundenen Einschränkungen unser aller Leben langsam nicht mehr bereit, dies hinzunehmen. Wer für sich entscheidet, nicht alle möglichen, zumutbaren Schutzmaßnahmen für sich zu ergreifen, der muss akzeptieren, dass er sich mehr einschränken muss, als die, die das für sich anders entscheiden. Auch das ist Demokratie – keine Diktatur. Und: Protest ist legitim. Aber wer dabei Judenstern trägt und die Lage heute mit der von damals gleichsetzt, hat sich für mich aus dem demokratischen Spektrum verabschiedet.

FELIX THIER
Kreisvorsitzender

VON HELMUT SCHOLZ

Ausblick auf das neue Jahr

Es ist über den Jahreswechsel nur allzu deutlich geworden, dass uns Corona und deren immer neue Varianten weiter in Schach halten werden. Die Impfung bleibt die erste Wahl im Kampf gegen das Virus. Vor diesem Hintergrund werde ich mich deshalb weiter und sehr nachdrücklich für eine befristete Freigabe der Patente auf Covid-Impfstoffe einsetzen. Es ist unbestritten, dass die Pandemie nicht in den Griff zu bekommen sein wird, wenn der größte Teil der Menschheit, nämlich der Globale Süden, von Impfungen praktisch abgeschnitten ist. Die zeitweilige Patentfreigabe ist eine Frage der Humanität und der Solidarität. Es ist nicht zu akzeptieren, dass sich die Europäische Kommission vor allem auch auf Druck Deutschlands im EU-Rat diesem Anliegen verweigert. Im Gegensatz zu mehrmaligen deutlichen Positionierungen des Europäischen Parlaments – wenn auch nicht unter den Tisch fallen darf, dass entlang der politischen Fraktionen gerade



EUROPA UND KOMMUNE

bei Teilen von Mitte-Rechts und einzelner nationaler Delegationen die Verteidigung vermeintlicher wirtschaftlicher Vorteile der Wahrung des Betriebsgeheimnisses

einzelner Pharmaunternehmen eine unterschiedliche Position bezogen wird.

Damit komme ich zu einem anderen Thema, das auch 2022 meine Arbeit prägen wird: die Konferenz über die Zukunft der EU (CoFoE). Corona hat uns gezeigt, dass auch die Gesundheitspolitik und andere Aspekte der Öffentlichen Daseinsvorsorge Punkte für CoFoE sein müssen. Gerade heute zeigt sich überdeutlich, wohin Einschnitte in der Öffentlichen Daseinsvorsorge, die Privatisierung als »Heilmittel« und die Rotstift-Politik von Regierungen führen.

Die Bilanz zum bisherigen Fortgang von CoFoE ist durchwachsen. Es ist gut, dass insbesondere wir als Europaabgeordnete die Blockade des EU-Rats brechen konnten und die Konferenz nach über einem Jahr Verzögerung begonnen hat. Inzwischen haben zahlreiche Runden stattgefunden, von Bürger*innenforen zu verschiedenen Themenbereichen bis zu den »institutionellen« Plenarversammlungen, in denen die in den Foren vorgebrachten Ideen und Vorschläge zusammengefasst und inhaltlich weiter diskutiert werden.

Für uns als LINKE ist klar, dass am Ende konkrete Aufgaben und Schlussfolgerungen formuliert werden müssen, die weitere Arbeitsschritte zu deren Umsetzung beinhalten. Und damit vor Änderungen an den europäischen Verträgen nicht halt machen dürfen! Das zeigen schon jetzt die vielen interessanten Wortmeldungen auch auf der Digitalen Plattform und in den vorliegenden »Empfehlungen« der Bürger*innen-Foren. Diesen Ansatz teilt, zumindest verbal im Koalitionsvertrag, auch die neue Bundesregierung. Ob sie dafür im französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dessen Land nun seit dem 1. Januar für das erste Halbjahr 2022 den EU-Ratsvorsitz innehat, einen guten Partner findet, ist allerdings offen.

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-71890

Telefax: 030 227-76819

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG

Beginnt der Kampf gegen digitale Gewalt?

Am 2. Februar gab das Bundesverfassungsgericht der Verfassungsbeschwerde von Renate Künast statt und schuf einen Präzedenzfall. Künast hatte die Herausgabe der Identitäten von Straftäter*innen durch Facebook vor einem Berliner Gericht einklagen wollen, aber das Berliner Kammergericht urteilte, dass sie sich schlimmste Beleidigungen gefallen lassen müsse, weil sie Politikerin sei und es einen Sachbezug der Beleidigungen gäbe, auch »Drecksvotze« und »perverse Drecksau« müsse Renate Künast hinnehmen. In zweiter Instanz wurden diese Entscheidungen nur zum Teil aufgehoben. Gegen diese absurde Entscheidung zog Renate Künast vor das Bundesverfassungsgericht.

Diese Urteile machten mich wütend. Seit Jahren engagiere ich mich gegen Digitale Gewalt, auch im Bundestag. Häufig begegnete mir himmelschreiende Inkompetenz, aber auch der mangelnde Wille bei Polizei und Justiz, endlich die



BUNDESTAG UND KOMMUNE

Persönlichkeitsrechte gerade von Frauen zu verteidigen, die sich öffentlich sichtbar für das Gemeinwesen engagieren und deshalb ständig Zielscheibe für Hass im Netz sind. Das betrifft nicht nur Abgeordnete, sondern auch Engagierte in der Kommunalpolitik,

Journalismus oder NGOs, die je nach Hintergrund oft nicht nur mit Frauenfeindlichkeit, sondern auch mit Rassismus und Homophobie konfrontiert sind und extreme Drohungen und Beleidigungen erhalten. Als linke Politikerin und Aktivistin war ich auch Zielscheibe für Beleidigungen oder Vergewaltigungsdrohungen. Keine meiner Anzeigen hat es je vor ein Gericht geschafft, niemand wurde je für eine der strafbaren Äußerungen gegen mich belangt.

Das Berliner Kammergericht hatte mit seiner skandalösen Entscheidung zum Nachteil von Renate Künast ein verheerendes Signal an die ganze Gesellschaft gesendet: öffentlich engagierte Menschen, insbesondere Politikerinnen, seien Freiwill und können auf geradezu beliebige Weise beleidigt werden, weil für sie Persönlichkeitsrechte nicht gelten.

Das hat nun ein Ende, denn das Verfassungsgericht hat diese Urteile kassiert und Rechtsgeschichte geschrieben. DANKE dafür! Künftig müssen Gerichte die Persönlichkeitsrechte auch von Politiker*innen stärker gewichten,

ein behaupteter »Sachbezug« einer Beleidigung macht sie nicht mehr straffrei, schriftliche Äußerung werden nicht mehr milder gewertet als mündliche und massenhafte Angriffe (Shitstorms) wiegen künftig besonders schwer. Facebook muss nun in allen angefragten Fällen die Identität der Täter*innen rausrücken. Von nun an können sich Betroffene auf diesen Präzedenzfall berufen. Auch ich werde das tun, denn vor kurzem habe ich (mal wieder) Anzeige erstattet wegen Drohung, Beleidigung und Aufforderung zu einer Gewalttat. Vielleicht erlebe ich doch noch die Verurteilung von Täter*innen.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-73107

Telefax: 030 227-76107

E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de

VON ISABELLE VANDRÉ

**Unsichtbar:
Frauen und Wohnungs-
losigkeit**

Manchmal kann es schnell gehen: nach einem Jobverlust verlangt das Arbeitsamt den Umzug in eine günstigere Wohnung, die nicht zu finden ist, Rechnungen können nicht bezahlt werden, Vermieter*innen kündigen den Mietvertrag. Wohnungslosigkeit ist ein größer werdendes soziales Problem. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosigkeit ist die Gesamtzahl der Menschen ohne eigene Wohnung in Deutschland zwischen 2018 und 2020 von 237.000 auf 256.000 gestiegen. Das ist eine Steigerung um acht Prozent in nur zwei Jahren. Ca. 30 Prozent der obdachlosen Menschen sind Frauen. Sie sind in besonderer Weise von Wohnungs-

losigkeit betroffen. Neben Armut können auch häusliche Gewalt oder die Beendigung von Beziehungen in die Wohnungslosigkeit von Frauen führen. Auf der Straße sind sie jedoch selten sichtbar. Viele versuchen aus Scham ihre Situation zu verschleiern, suchen Verstecke, statt öffentlich auf der Straße zu verweilen. Denn neben den Risiken und Gefahren, die ein Leben auf der Straße mit sich bringt, sind Frauen auch hier Übergriffbarkeit, sexualisierter Gewalt und Frauenfeindlichkeit ausgesetzt. Diese Erfahrungen sind es auch, die sie häufig davon abhalten, in gemischtgeschlechtlichen Gemeinschaftsunterkünften zu übernachten. Häufiger als Männer leben Frauen zudem in der sogenannten verdeckten Obdachlosigkeit. Das heißt, sie versuchen ihre Notlage privat zu lösen, indem sie bei Freund*innen oder Partner*innen unterkommen. Doch auch diese Wohnverhältnisse



LANDTAG UND KOMMUNE

sind mitunter prekär und gefährlich, weil die Abhängigkeitsverhältnisse ausgenutzt werden können. So unsichtbar wie die Wohnungslosigkeit von Frauen auf der Straße ist, so wenig wurde die spezifische Situation von Frauen in der gesellschaftlichen Debatte über Woh-

nungslosigkeit lange Zeit betrachtet. Mühsam und langsam bricht sie sich Bahn und offenbart die Lücken im Unterstützungssystem. Es fehlen überall Notunterkunftplätze, spezifische Beratungsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen. Lasst uns den 8. März zum Anlass nehmen, die Situation von wohnungslosen Frauen sichtbar zu machen.

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL
Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 966-1533
E-Mail: isabelle.vandred@linksfraktion-brandenburg.de
Facebook: [facebook.com/isabelle.vandred](https://www.facebook.com/isabelle.vandred)

**Gedenken der Coronatoten in Ludwigsfelde**

Anfang des Jahres konnte man in Ludwigsfelde einen Zettel im Briefkasten finden, der dazu einlud, einer Telegrammgruppe beizutreten und montags spazieren zu gehen - gegen die Coronamaßnahmen! Schnell war klar, den Schwurbler*innen wollten wir nicht ohne Gegenwehr das Feld überlassen. Unter anderem ist einer der Teilnehmer Maik Eminger, ein bekannter Rechtsextremist und seinerseits beim Dritten Weg aktiv. Es gibt Gründe, nicht mit allen Maßnahmen einverstanden zu sein oder alles zu verstehen. Jedoch sollte man sich immer ins Gedächtnis rufen, wenn man dort mitläuft, so tut man das gemeinsam mit Nazis. Es kam schnell die Idee auf, eine Gedenkveranstaltung zu organisieren. Dort sollten Kerzen aufgestellt werden. Eine für jeden Coronatoten aus Ludwigsfelde. Als Termin konnte man sich schnell auf den 27. Januar festlegen. Warum genau dieses Datum? Weil genau an diesem Datum vor zwei Jahren der

erste Coronafall in Deutschland diagnostiziert wurde. Zwei Jahre später sind es nun 274 Menschen im Landkreis, die an oder mit Corona verstorben sind, 56 davon entfallen allein auf die Stadt Ludwigsfelde. Zusammen mit der SPD in Ludwigsfelde organisierten wir, linksjugend ['solid] Teltow-Fläming, nun diese Gedenkveranstaltung. Nachdem die Kerzen vor Ort angezündet wurden, hielt erst unser Genosse Tobias Lübbert eine kurze Rede und übergab dann das Wort an unseren Ludwigsfelder Bürgermeister, Andreas Igel. Eine Schweigeminute für die Verstorbenen beendete unsere Gedenkfeier. Die Veranstaltung wurde von 70 Personen aller Altersgruppen besucht. Natürlich wurden die Ab-

standsregeln eingehalten und von allen Masken getragen.

Mich persönlich macht es wütend, wenn ich daran denke, dass, als ich ein Bild der Kerzen vor dem Ludwigsfelder Rathaus im Status bei WhatsApp hatte und mich im Text darunter über die minderintelligenten Leute beschwerte, die nachweislich mit Nazis spazieren gehen, als eine Antwort bekam, »Ja du bist mit deiner Hetze ja total daneben, da laufen keine Nazis, sondern nur Menschen, denn das sind wir alle«.

Wie dumm und wie naiv muss man sein, um eine solche Behauptung aufzustellen? Ich möchte gar nicht wissen, wie sich all jene Menschen fühlen, die einen geliebten Menschen an diese Erkrankung verloren

haben. Nochmal zur Erinnerung: 274 Menschen sind im Landkreis an Corona gestorben. Um eine bessere Vorstellung zu haben, das entspricht einem vollbesetzten Flugzeug. Meine Gedanken und mein Mitgefühl sind bei allen, die einen geliebten Menschen an diese Krankheit verloren haben.

Paul Herzlieb,
linksjugend ['solid] Teltow-Fläming

Kontakt:

Interessierte können per E-Mail Kontakt aufnehmen über:

teltow-flaeming@ljsbb.de



Wir bleiben wachsam und erinnern

Am 15. Januar 1919 wurden die beiden Arbeiterführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hinterrücks ermordet.

Wir ehren sie und gedenken ihrer jedes Jahr am zweiten Sonntag im Januar öffentlich in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin Friedrichsfelde. 103 Jahre nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bleibt der Kampf gegen Militarismus und Krieg, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit eine aktuelle Herausforderung.

Deshalb waren auch in diesem Jahr Mitglieder unseres Kreisverbandes gemeinsam mit Vielen zum stillen Gedenken, pandemiegerecht mit Maske, an der Gedenkstätte. Wir hatten viele Gespräche mit Freund*innen und Bekannten, die meisten von Sorge um die Zukunft der Partei DIE LINKE getragen. Wir müssen miteinander reden und die unterschiedlichen Ideen und An-

sichten linker Politik besprechen. Erfahrungen haben wir reichlich und wir wissen: Zukunft braucht Herkunft!

Maritta Böttcher, Jüterbog



Gedenken der Opfer



Manfred Thier bei Werner Lamberz

CORONA ist kein Spaziergang



Gedenken der Corona-Toten auf dem Marktplatz Jüterbog

Ich kann nicht akzeptieren, dass die Gefahr von Covid-19 verharmlost, der Nutzen der Impfung kleingeredet und damit Menschen in

Gefahr gebracht werden. Corona ist gefährlicher als eine normale Grippe. Impfungen verhindern schwere Krankheitsverläufe. Die

Infektionsgefahr sinkt durch Impfungen erheblich.

Unser auf Profit getrimmtes Gesundheitssystem und die heruntergesparte öffentliche Verwaltung scheitern an Corona. Die Maßnahmen der alten und auch der neuen Bundesregierung sind ungenügend und haben eine krasse Schiefelage. Viele Menschen sind gestorben und schwer erkrankt. Noch mehr sind in sozialer Not. Grundrechte wurden eingeschränkt, während viele Konzerne machen konnten, was sie wollten – und mit Steuergeldern überschüttet wurden. Das zeigt: Den Kampf gegen das Virus dürfen wir nicht dem Markt überlassen. Die Illusion, »wir« seien gut durch die Corona-Pandemie gekommen, ist verpufft. Vor allem Menschen in Heimen, Sammelunterkünften und viele, die in Pflege und Gesundheit arbeiten, sind betroffen. Die Strategie der Bundesregierung ist gescheitert. Der Grund: Sie hat den Markt machen lassen. Weder hat sie ausreichend in Luftfilter und digitale Ausstattung der Schulen investiert, noch die Produktion von Schutzmasken oder Impfstoffen organisiert. Sie hat kein Notprogramm für Pflegekräfte aufgelegt,

um Berufsausstieger*innen zurückzuholen. Sie hat Unternehmen, wie Tönnies, nicht zu einem konsequenten Infektionsschutz gezwungen, aber Menschen in Parks gegängelt. Viele Soloselbstständige, Familien und Menschen mit niedrigen Einkommen und in engen Wohnungen wurden allein gelassen. Das bisherige Kurzarbeitergeld ist oft zu niedrig. Längst ist klar: Effektiven Gesundheitsschutz gibt es nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit. Der schnellste Weg, die gesundheitliche Gefährdung endlich zu senken, ist die Unterbrechung der Infektionsketten und die Beschleunigung der Impfungen. Es ist falsch, wenn die Bundesregierung Konzerne und Unternehmen nicht in die Pflicht nimmt. Die Menschen müssen sozial so abgesichert werden und Schulen so ausgestattet werden, dass nicht wieder die Schwächsten die größten Lasten tragen müssen. DIE LINKE sagt: Es braucht endlich einen Kurswechsel: Statt Symbolpolitik wollen wir Maßnahmen, die wirklich helfen und die Lasten gerecht verteilen. Schluss mit der Gefährdung von Menschenleben für den Profit!

Maritta Böttcher, Jüterbog

Zuwachs in der Linksjugend ['solid]

Der 19-jährige Marius T. aus Ludwigsfelde fühlt sich wohl bei uns. Er selbst sagt dazu: »Es ist eine Gemeinschaft, in der ich meine Meinungen teilen und diskutieren kann. Aber auch nach außen hin, z. B. durch Aktionen, kommunizieren kann. Außerdem wurde ich herzlich willkommen geheißen und ich habe ein definitives Gefühl, dass ich da Teil einer tollen Gruppe werden kann«. Marius hat sich an uns gewendet und wir haben ihm angeboten, erstmal an einer Sitzung teilzunehmen. Er will z. B. die Infrastruktur im ÖPNV verändern helfen. Bestehende Hierarchien, Normen, Traditionen kritisch zu hinterfragen, anzufechten und sich für mehr »Gleichheit« bei Themen, bei denen es noch immer viele Benachteiligte gibt, in der Gesellschaft einzusetzen, ist für Marius links. Deshalb engagiert er sich. Und,

weil er über die Jahre beobachten konnte, wie Rechtsextreme und Rechtspopulist*innen sehr geduldig Themen, die mit viel Angst verbunden sind, an sich reißen und stetig mehr Anhänger*innen sammeln und unsere Demokratie langsam aushöhlen wollen. Er ist sich sicher: wenn niemand diese Gefahr ernst nimmt und sich entschlossen dagegenstellt, gibt es große Probleme in unserem Land. Bei der Bundestagswahl wurde nicht so gewählt, dass vor allem die Klimakrise bewältigt wird, das ist sehr bedauerlich. Marius sucht gerade nach einem Platz an einer Universität. In seiner Freizeit drückt er sich künstlerisch aus, durch Zeichnen und Malen. Er ist ein Gewinn für uns!

Svenja Lübbert, Ludwigsfelde



Grüne im Bundestag / S. Kaminski

Sven Lehmann ist der erste Queer-Beauftragte der Bundesregierung

Ich freue mich und bin begeistert, dass endlich die Toleranz und Akzeptanz von queeren Menschen, auch in der Bundesregierung Einzug halten soll. Die Bundesregierung hat das Amt des »Beauftragten für Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt« neu geschaffen und mit einem Grünen-Politiker besetzt.

Auf der Agenda steht ein modernes Familienrecht, Abschaffung des Transsexuellengesetzes und die Bekämpfung der Diskriminierung von queeren Menschen.

Es ist ein queer-politischer Aufbruch!

Familienrecht – wenn lesbische Ehepaare ein Kind bekommen, sollen in der Zukunft beide als rechtliche Mütter gelten und nicht, dass eine Frau das Kind adoptieren muss, was sehr langwierig, nervenraubend und teuer ist.

Transsexuellengesetz – Das Transsexuellengesetz ist 40 Jahre alt und eine klare Menschenrechtsverletzung. Transmenschen müssen sich von zwei Psycholog*innen und einer*m Richter*in begutachten lassen, um das Geschlecht offiziell ändern zu können.

(Mal zwei Fragen als Beispiel von den Begutachtenden, aus eigener Erfahrung: Was tragen Sie für Unterwäsche und mit was für Spielzeug haben Sie in Ihrer Kindheit gespielt?) Das gehört abgeschafft.

Diskriminierung von queeren Menschen – Krankenhäuser, Polizei, Justiz und Sportvereine (z. B. Fussballvereine) etc. Sie müssen befähigt werden mit dem Umgang der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt, es muss zur Normalität werden.

Auch in unserer Partei sollte ein*e Beauftragte*r berufen werden!

Aus eigenem Erleben: als ich mein Parteibuch ändern lassen wollte, hieß es, ich müsse erst etwas Offizielles vorlegen, dass es geändert werden kann. Ich fühlte mich diskriminiert und sehr, sehr hilflos. Es gab keine Hilfe, niemand, der mich unterstützt hat und das ist nur ein Beispiel von Diskriminierung in unserer Partei.

Ich habe das Gefühl, es geht etwas vorwärts – etwas.

Katharina Claus, Rangsdorf



privat

Bundesversammlung – ich war dabei

Am 13. Februar trat die 17. Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Auf Vorschlag der Linksfraction wählte mich der Landtag Brandenburg als Mitglied der 17. Bundesversammlung. Die Bundesversammlung ist nach Artikel 54 Grundgesetz das Gremium, dessen einzige verfassungsrechtliche Aufgabe es ist, ein neues Staatsoberhaupt zu wählen. Die Bundesversammlung setzt sich zu gleichen Teilen aus den Mitgliedern des Bundestages und Abgesandten der Länderparlamente zusammen. Da in der aktuellen 20. Wahlperiode 736 Abgeordnete im Bundestag sitzen, stellen die Landtage die gleiche Anzahl an Wahlleuten. Insgesamt gehören der 17. Bundesversammlung damit 1.472 Mitglieder an.

Sicherlich ist das Ergebnis schon bekannt: Der alte ist auch der neue Bundespräsident. Frank-Walter Steinmeier bewarb sich um eine zweite Amtszeit und wurde wiedergewählt.

Von der LINKEN vorgeschlagen, trat Dr. Gerhard Trabert an, parteilos und Professor für Sozialmedizin. Er versorgt u. a. mit seinem Verein »Armut und Gesundheit in Deutschland« obdachlose und nicht krankenversicherte Menschen. Ich konnte ihn am Vorabend der Wahl persönlich erleben in der Linksfraction im Bundestag. Mich hat von Anfang an sehr für ihn eingenommen, dass er nicht schlechthin gegen eine Person kandidierte, sondern für ein Projekt – ein Sozialprojekt. Das Thema soziale Ungleichheit, für das er seit 30 Jahren steht, hat er mit seiner Kandidatur in die politische und öffentliche Diskussion gebracht. Die Bundesregierung habe auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie für arme Menschen nicht ausreichend reagiert, sagt er. Mehr als 40 Prozent aller Alleinerziehenden, in aller Regel Mütter, sind von Einkommensarmut betroffen. Kinder- und Altersarmut steigen in einem der reichsten Länder der Welt. Er braucht keine Studien, um einen Begriff davon zu bekommen, was es heißt, dass Arme eine viel höhere Infektionsrate und auch schwerere Krankheitsverläufe als Wohlhabendere haben, denn das erlebt er tagtäglich. Mit seinem Projekt aufsuchende Gesundheitsversorgung tut er das, was der öffentliche Gesundheitsdienst eigentlich leisten muss, um allen den Zugang zu sichern. Mit seinen Beiträgen der letzten Wochen hat er schon viel erreicht. Das Thema soziale Ungleichheit ist stärker in die politische und öffentliche Diskussion gerückt worden. Allein schon dafür hat sich seine Kandidatur gelohnt. Das Besondere: DIE LINKE hatte am Wahltag 67 Wahlleute vor Ort, Trabert überzeugte 96 Wahlleute.

Kornelia Wehlan, Luckenwalde

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Regionalverband TF Süd
 16.2.2022, 18 Uhr
Kundgebung
 »In Gedenken gegenlenken«
 Marktplatz Jüterbog

KV und KT-Fraktion vor Ort
 19.2.2022, 9.30 Uhr
 Kreishaus Luckenwalde

Regionalvorstand TGL
 21.2.2022, 18 Uhr
 Geschäftsstelle Ludwigsfelde

12. Gesamtmitglieder-
versammlung Kreisverband TF
 5.3.2022, 10 Uhr
 Biotechnologiapark Luckenwalde

LinksTreff
 8.3.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

Frauentagstreff
 8.3.2022, 15 Uhr, Büro Jüterbog

Klausur Kreisvorstand
und KT-Fraktion
 11./12.3.2022
 Hotel Bergschlösschen, Jüterbog

Stadtvorstand
 15.3.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

Beratung Redaktion Linksblick
 16.3.2022, 17.30 Uhr
 Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
 16.3.2022, 19 Uhr
 Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Regionalvorstand TGL
 21.3.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

1. Tagung des
8. Landesparteitages
 2./3.4.2022, 10 Uhr
 Schönefeld

LinksTreff
 4.4.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

Stadtvorstand
 12.4.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

Osterhasenfest
 16.4.2022, 18 Uhr
 Schlosspark Jüterbog

Regionalvorstand TGL
 19.4.2022, 18 Uhr
 Bürgerbüro Ludwigsfelde

31. Familienfest
 1.5.2022, 14 Uhr
 Boulevard Luckenwalde

Antisemitismus ist nicht hinnehmbar

Der Internationale Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar wurde im Jahr 2005 von den Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust und den 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau eingeführt. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hat anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus dazu aufgefordert, sich heutiger Judenfeindlichkeit zu stellen. »Der Antisemitismus ist da«, sagte sie in der Gedenkstunde des Parlaments zum Holocaust-Gedenktag. Er sei ein Problem der ganzen Gesellschaft und »mitten unter uns«. »Antisemitismus ist nicht hinnehmbar. Punkt.« Feindlichkeit gegenüber Jüdinnen und Juden finde sich »nicht nur am äußersten Rand, nicht nur bei den ewig Unbelehrbaren und ein paar

antisemitischen Trollen im Netz«, führte sie weiter aus. Bas forderte dazu auf, sich selbst zu hinterfragen, wie frei man wirklich von antijüdischen Klischees sei. Sie betonte die Bedeutung der Erinnerung an die Geschichte und forderte dazu auf, sie lebendig zu halten. Zudem plädierte sie für »Mut zur Intoleranz« gegenüber denjenigen, die zu Hass aufstacheln und die Verbrechen der Nazis relativieren. Im Jahr 1996 hatte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den Tag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee als Gedenktag proklamiert. Seitdem erinnert das Parlament an diesem Tag mit einer eigenen Veranstaltung an die Opfer der Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten. Auch die Holocaust-Überleben-

de Inge Auerbacher appellierte im Bundestag an die Menschen in Deutschland, sich dem Antisemitismus entgegenzustellen. »Leider ist dieser Krebs wieder erwacht, und Juden Hass ist in vielen Ländern der Welt, auch in Deutschland, wieder alltäglich«, sagte sie: »Diese Krankheit muss so schnell wie möglich geheilt werden.« Der Zentralrat der Juden hatte anlässlich des Holocaust-Gedenktages die schnelle Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes gefordert. Dies sei nötig, um das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Antisemitismus zu fördern, erklärte der Zentralrat. Zudem müssten in allen Bundesländern Antisemitismus-Beauftragte bei den Staatsanwaltschaften eingesetzt werden.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Mitglieder des Stadverbandes DIE LINKE. Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal gedachten der Opfer des Nationalsozialismus, am »Ehrenhain« am Stadtpark, am Gräberfeld der Sowjetarmee auf dem Waldfriedhof und auf dem Stalag-Friedhof (Foto)



Stolpersteine Mönchenstraße 33



Stolpersteine Weinberge

Mitglieder des Regionalverbandes TF Süd haben der jüdischen Opfer gedacht

Außerordentliche Tagung des 7. Parteitags – unsere Eindrücke

Die für den 4. Dezember 2021 in Schönefeld geplante 2. Tagung des 7. Landesparteitags musste pandemiebedingt abgesagt werden. Stattdessen berief der Landesvorstand der LINKEN Brandenburg eine außerordentliche Tagung für den 16. Januar 2022 ein, die als Online-Parteitag stattfand. Im Rahmen des



Als Kreisvorsitzender dankte ich dem Landesvorstand für die finanzielle Hilfe zur Landratswahl (LRW) und ebenso den Wahlkämpfenden, die von außerhalb unseres Kreisverbandes zu uns reisten, um im (Stich-)Wahlkampf zu helfen. Ich betonte, dass mir eine tiefe Aufarbeitung des Wahljahres fehlt. Was sind die

Landesparteitag online, endlich Parteitag, es bewegt sich was!

Die Handhabung des Onlineformats war leicht und überschaubar. Lob an die Technik: super organisiert, alles hat funktioniert. Bei allen Reden, die Aufarbeitung des Wahldebakels, des Wahlkampfes, die innere Zerrissenheit, die Streiterei innerhalb der Partei, der Aufbruch muss kommen. Wir müssen mehr mit einer Stimme reden, der Zusammenhalt, die Kommunikation muss besser werden. Eine Fokussierung auf Hilfen für Geringverdiener*innen, Unterstützung im Gesundheitswesen, bei Mieten usw. Mir persönlich fehlten Aussagen zur Unterstützung von Erwerbsminderungsrentner*innen, Rentner*innen mit Grundsicherung, Menschen mit Behinderung, von queeren Menschen, die wegen ihrer sexuellen Vielfalt diskriminiert werden, die Jobs und Wohnung verlieren, gegen die Alltagsdiskriminierung durch Exekutive und Judikative usw.

Die Abstimmungen zu den Anträgen war leicht zu handhaben. Mein Fazit: Wir müssen mehr kommunizieren untereinander, auch mit den Menschen außerhalb der Partei, auf der Straße im wirklichen Leben, wir

Parteitags war eine Auswertung der Bundestagswahl vorgesehen, für die ein Papier von Landesvorstand und Landtagsfraktion die Diskussionsgrundlage bildete. Weiterhin wurden die Mitglieder des LINKEN-Bundesausschusses aus unserem Landesverband neu gewählt. Außerdem fasste der Landes-

Schlussfolgerungen in Fraktion und Partei? Beschriebenes Papier reicht nicht. Wo sind Konsequenzen? Wer hat diesen Wahlkampf verantwortet, die Kampagne? Was schlussfolgern Spitzenleute und Parteivorstand mit Blick auf das eigene Tun?

Die LRW war ein Arbeitssieg der Basis und von Nähe zu den Menschen. Konni Wehlan machte Wahlkampf zum Feierabend und am Wochenende – in der Arbeitszeit war sie Landrätin und politisch neutral. Wichtig war mir der Dank an Johannes Klemt für die Werbefilme und Christiane Graf aus der Landesgeschäftsstelle für die Erstellung unserer Flyer. Und so bitter 2021 für DIE LINKE war: es gab auch Siege. Es wäre schön ge-

müssen mehr Transparenz wagen, Geschlossenheit nach außen tragen, Streitereien nicht in den Medien austragen. Dann werden wir wieder als eine Partei wahrgenommen, die auch wieder gewählt werden kann.

Katharina Claus, Rangsdorf

DIE LINKE. Brandenburg kann digital ...

... und ehrlich gesagt macht mich das ein kleines bisschen stolz! So wurden zur Vorbereitung Schulungen angeboten und als Einstieg in den Parteitag zwei Probeabstimmungen durchgeführt (Tagesordnung und das Rederecht für Gäste). Wo allerdings dieser digitale Parteitag in seiner Art und Weise dem des Offline-Parteitages entsprach, war die Agenda, beginnend mit der Auftaktrede, in der uns Katharina Slanina auf eine notwendige Mitgliederoffensive einswor. In der anschließenden Generaldebatte wurde ebenfalls eine zwingend notwendige Mitgliederbetreuung und -einbindung angesprochen, so dass der Antrag für eine Mitgliederoffensive angenommen wurde. Erstaunt hat mich die Ablehnung des Antrags »Transparenz schaffen«, wonach

parteitag einen Beschluss für eine LINKE Mitgliederoffensive: »Der Landesvorstand wird aufgefordert, unter Einbeziehung der Kreisverbände, des Jugendverbands und des Landesausschusses ein Konzept für eine LINKE Mitgliederoffensive vorzulegen. Dieses soll konkrete Schritte für eine Mitgliedergewin-

wesen, wenn im Nachgang der eine oder die andere Wahlkampfleiter*in aus diversen Parteiebenen auf uns Sieger*innen in TF zugekommen wäre und gefragt hätte, wie wir das eigentlich geschafft haben – gegen den Trend!

Bei den Anträgen war ich gegen einen extra gewählten, ausschließlichen Mitgliederbeauftragten im geschäftsführenden Landesvorstand. Im Vorstand sollten sich alle Mitglieder für die essenzielle Mitgliederarbeit verantwortlich fühlen. Sonst sind Verantwortungen schnell und einfach abgeschoben.

Schade war die Ablehnung des Antrages zur Offenlegung von Arbeitsverhältnissen mit Mandatstragenden.

die Beschäftigungsverhältnisse von Vertreter*innen auf Landesvertreter*innenversammlungen sichtbar gemacht werden sollen. Die Gegenrede stand symptomatisch für eine Diskussionskultur im Landesverband, die eigentlich keine ist: sich über Anträge zu echauffieren und persönliche Erklärungen abgeben, statt über den Sinn und den Grad der Problemlösungsfähigkeit eines Antrags zu debattieren und inhaltlich gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen. Doch ist dies nicht dem Online-Format zur Last zu legen, sondern einzig und allein der Offenheit und Ehrlichkeit der Mitglieder unserer Partei und der Bereitschaft, sich aufeinander einzulassen, ob offline oder online.

Anne-Katrin Loy, Blankenfelde-Mahlow

Abstand und Nähe

Abstand, das heißt, wir hatten eine Tagung, die in digitaler Form stattfand und Nähe, das habe ich im gesamten Verlauf des Parteitages gespürt.

Die Reden waren geprägt von einer Aufbruchstimmung und dem Willen, erfolgreicher zu arbeiten. Aber vor allem habe ich die Nähe in den Bei-

nungskampagne, Neumitgliedereinbindung und Nachwuchsförderung beinhalten. Es soll im Rahmen einer Aktiven-Konferenz mit den Mitgliedern beraten und spätestens im vierten Quartal 2022 durch Landesvorstand und Landesausschuss beschlossen werden.«

Maritta Böttcher, Jüterbog

Hintergrund ist, dass Vertreter*innenversammlungen der Partei entscheiden, wer auf Listenplatz XY für die nächste Parlamentswahl kommt. Nicht wenige gewählte Vertreter*innen der letzten Jahre sind Mitarbeitende bei Abgeordneten, die sich dann auf den besagten Versammlungen bewarben, um im Parlament zu bleiben. Diese Konstellation ist nicht verwerflich und soll kein Misstrauen sein. In einer demokratischen Partei gehört aber zur Transparenz, etwaige Abhängigkeitsverhältnisse vor Wahlen für alle Mitglieder erkennbar zu machen. Und das sage ich im Wissen darum, dass ich in zurückliegender Zeit selbst Betroffener war.

Felix Thier, Luckenwalde

trägen in der Generaldebatte gespürt.

Alle Beiträge waren getragen von dem Wunsch, dass wir uns zukünftig solidarisch und demokratisch verhalten. Es wurden viele Ursachen für unsere letzten Niederlagen benannt, aber auch darauf gedrungen, uns auf unsere Stärken zu besinnen. Das sprach mir aus dem Herzen. Dabei hat mich der Beitrag von Gesine Dannenberg von der LAG Schule beeindruckt, in dem sie schilderte, wie sie die erfolgreiche Kampagne der LAG von Brandenburg bis in den Bundestagswahlkampf hineinbringen konnte. Auch der Beitrag von Anke Domscheit-Berg, die uns aufforderte, wieder Visionen für die Zukunft zu entwickeln und anzunehmen und den Mut zur Umsetzung zu haben. Spannend waren auch die Zusammenfassungen der Onlineberatungen und Diskussionsforen zum weiteren Umgang in und mit unserer Partei. Dieses Material hat es verdient, auf allen Ebenen in unserer Partei diskutiert zu werden und Anwendung zu finden.

Diese Tagung hat Mut gemacht und unsere Stärke zum Zusammenhalt bewiesen.

Angelika Tepper, LAG Linke Frauen

**DIE LINKE. Teltow-Fläming
VOR ORT UND
IM NETZ:**

**Geschäftsstellen
und Bürgerbüros**

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@
dielinke-teltow-flaeming.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@
dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Jung trifft Alt – Eine Zeitreise der besonderen Art.

Annelies Englert ist Mitglied der LINKEN, Verfolgte des Naziregimes (VVN-BdA) und mit ihren 98 Jahren eine erstaunliche Frau.

Ich (Tobias Lübbert, 27) hatte das Glück, Annelies kennenlernen zu können und dabei einiges über ihr bewegtes Leben erfahren. Vieles davon macht einen sprachlos, wütend und nachdenklich.

Annelies ist am 4.10.1923 in Wallroda geboren. Ihre Eltern waren seit Bestehen in der KPD und damit, spätestens, seit der Machtergreifung der Nazis in Deutschland unerwünscht und verfolgt. Annelies und ihre Eltern wurden mehrfach verhaftet, lebten im Exil in Tschechien oder mussten, wie ihr Vater, das gesamte Grauen der Naziherrschaft spüren. Zuchthaus, KZ und Ermordung im Jahr 1944.

Annelies aber verlor den Lebenswillen nicht. Sie heiratete um einen neuen Namen zu erhalten, ließ sich nach dem Krieg scheiden und fand später ihre große Liebe in Louis Englert (ebenso wie ihr Vater im KZ Esterwegen gewesen) aus Heiligenstadt. Gemeinsam mit ihm zog sie schließlich in den 1950ern nach Ludwigsfelde. Der Rest ist Geschichte.

Oder doch nicht? Wir können natürlich froh sein, dass unsere heutigen Probleme sich auf Stoffmasken, Plastikflaschen und Gehaltsfragen beziehen und nicht auf industriellen Massenmord, Deportationen und Endlösungsfragen.

Ich sagte ja bereits, Annelies lässt einen ins Grübeln kommen. Nachdenken über die damalige Zeit und



die heutige. Nachdenken über die Frau, eine der Letzten, die die Schrecken, deren Opfern wir am 27. Januar alljährlich gedenken, hautnah erlebt hat.

Annelies hat Menschen wie Hitler, seine Schergen, aber auch Hans und Sophie Scholl (zeitlich) miterlebt. Jene Sophie Scholl mit der sich heutige »Querdenker« vergleichen. Aus meiner Sicht ein absoluter Hohn ihres Andenkens. Während damals NSDAP und SS die Ängste der Menschen ausnutzten und eine weltweite Katastrophe anzettelten, sind es heute die AFD, PEGIDA, NSU 2.0 oder Querdenker*innen, die Ängste und Furcht in der Gesellschaft nutzen wollen und gezielt schüren mit Falschinformationen, absurden Vergleichen (Sophie Scholl, Judenstern für Ungeimpfte und viele mehr) oder einfach purem Hass.

Als Gesellschaft, vor allem aber als Linke dürfen wir es nicht hinnehmen und niemals unwidersprochen

lassen, wenn sich die Geister der 1930er und 1940er Jahre wieder ihren Weg bahnen. Mit Coronamaßnahmen, dem Kapitalismus, Klimamaßnahmen oder ähnlichem muss man nicht immer zufrieden sein. Aber deswegen mit Faschist*innen zu spazieren, von Diktaturen zu reden oder sonstigen rechten Unsinn zu verbreiten, bringt uns alle nicht weiter.

Vor allem aber werden solche unsinnigen Irrwege weder Annelies noch den Millionen anderen Menschen gerecht, die schon einmal unter Verfolgung, Hass und echter Diktatur leben mussten.

Lasst uns also unsere Kräfte bündeln, für eine Zukunft ohne Nazi-herrschaft, für eine Zukunft in der jede*r Leben und Lieben kann wie man es möchte und für die nächsten Generationen.

Tobias Lübbert, linksjugend [solid] Teltow-Fläming



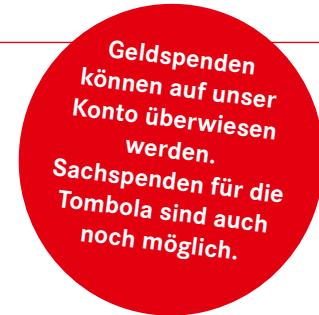
31. Familienfest 14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde

14 Uhr Eröffnung durch Felix Thier, Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming und Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE. TF

Zwischen 14 und 18 Uhr bei Live-Musik von »Phönix«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr sowie ■ der beliebten Tombola
■ Kaffee und Kuchen ■ Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD's ■ Abgeordnetenzentrum mit Vertreter*innen aus den Parlamenten ■ Quiz mit Sachpreisen
■ Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften

Um unsere kleinen Gäste kümmern sich OTTevent mit Hüpfburgen und Bastelständen

Für das leibliche Wohl ist wie immer gesorgt.



Impressum
Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-tf.de
Redaktionsschluss: 30. Januar 2022
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Februar 2022
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming